

II-2439 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
 XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 26. März 1969

No. 1218/Y

A n f r a g e

der Abgeordneten Peter, Meller, Dr. Scrinzi
 und Genossen
 an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unter-
 nehmungen,
 betreffend Reorganisation der verstaatlichten Industrie.

Zu der von den freiheitlichen Abgeordneten von Anfang an ver-
 tretenen Ansicht, daß das Bundesgesetz über die Ausübung der Antells-
 rechte des Bundes an den verstaatlichten Unternehmungen (ÖIG-Gesetz)
 als Grundlage für die Reorganisation bzw. Sanierung der verstaatlichten
 Industrie ungeeignet ist, hat sich nunmehr nach langwierigen internen
 Auseinandersetzungen, spät genug, auch die Regierungspartei durchge-
 rungen.

Im Vordergrund des in der Österreichischen Volkspartei "ge-
 danklich ausgereitete" Entwurfes für eine Novelle zum ÖIG-Gesetz steht
 laut Zeitungsmeldungen die Umwandlung der Industrieverwaltungsgesell-
 schaft aus einer Treuhandgesellschaft in eine echte Eigentümerholding.
 Durch eine derartige Regelung erhielte die Österreichische Industriever-
 waltungsgesellschaft endlich jenen unbedingt notwendigen wirtschaftlichen
 Spielraum, der ihr zum Schaden für die verstaatlichte Industrie und
 ihre Beschäftigten schon allzu lange vorenthalten wird.

Ein weiterer Punkt im gegenständlichen Plan der Regierun-
 gspartei ist, wie ebenfalls aus Pressemeldungen hervorgeht, die "Entpoli-
 tisierung" aller Aufsichtsräte verstaatlichter Unternehmungen, worunter
 man jedoch bedauerlicherweise nicht etwa die Beseitigung des parteipolli-
 tischen Proporz, sondern lediglich die eher optischen Rücksichtnahmen
 entspringende und jedenfalls unzureichende Bestimmung zu verstehen
 haben wird, daß Mitglieder der Bundesregierung und der Landesregie-
 rungen, Abgeordnete zum Nationalrat, zu den Landtagen und Bundes-
 räte im Bereich der verstaatlichten Industrie nicht Mitglieder von Auf-
 sichtsräten werden können.

Der Umstand, daß die Probleme der verstaatlichten Industrie
 neuerlich Gegenstand von Geheimverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ
 sein werden, läßt echte Lösungen auch in dem noch verbleibenden letzten
 Viertel der XI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates von vornherein

- 2 -

unter ungünstigen Vorzeichen erscheinen. Besonders besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang die angebliche Bereitschaft der Regierungspartei, die Zustimmung des sozialistischen Verhandlungspartners zur Reorganisation der ÖIG durch eine wirtschaftspolitisch im höchsten Grade bedenkliche verfassungsmäßige Verankerung der verstaatlichten Industrie-Unternehmungen einzuhandeln.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen die

A n f r a g e :

- 1) Welche konkreten Forderungen werden Sie vom Ressortstandpunkt aus für eine Reorganisation der verstaatlichten Industrie bzw. der ÖIG bei den demnächst beginnenden Geheimverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ vertreten?
- 2) Werden Sie sich einer durch nichts gerechtfertigten verfassungsmäßigen Verankerung der verstaatlichten Industrie, in welcher Form auch immer, widersetzen?
- 3) Welcher maximale Zeitraum erscheint Ihnen für diese Geheimverhandlungen angesichts der Tatsache vertretbar, daß bereits drei Viertel der XI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates verstrichen sind, ohne daß die dringlichen Probleme der verstaatlichten Industrie gelöst worden wären?
- 4) Werden Sie, falls bei diesen Geheimverhandlungen bis zu einem bestimmten Termin eine Einigung nicht zustande kommen sollte, einen Ministerialentwurf für eine Novelle zum ÖIG-Gesetz so zeitgerecht zur Begutachtung aussenden, daß die Reorganisation der ÖIG noch in dieser Gesetzgebungsperiode des Nationalrates möglich ist?

Wien, 26.3.1969